

December 2020

### **Status report Afghanistan**

**At the moment 1250 German soldiers are on duty in the foreign mission of the Bundeswehr "Resolute Support". According to recent press releases, the last 100 German soldiers have left the Kunduz region. The Federal Chairman of the German Armed Forces Association, André Wüstner, warns that lessons must be learned from the Afghanistan mission, also with regard to current foreign missions in Mali and elsewhere.**

Nach aktuellen Personalzahlen der Bundeswehr vom 23. November 2020 befinden sich im Auslandseinsatz „Resolute Support“ der Bundeswehr in Afghanistan 1250 Soldatinnen und Soldaten. Wie das Einsatzführungskommando der Bundeswehr dem ARD-Hauptstadtstudio am 26. November 2020 auf Anfrage mitteilte, haben die letzten 100 verbliebenen Bundeswehr-Soldaten die Region Kundus verlassen.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, André Wüstner mahnt an, dass Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen werden müssen auch mit Hinblick auf aktuelle Auslandseinsätze u.a. in Mali.

### **Pay Adjustments**

**Soldiers in Germany are to receive a tax-free one-off payment of between 200 and 600 Euros in 2020 as a replacement for the usual gradual pay adjustment.**

Der Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst ist im Sommer dieses Jahres ausgelaufen. Corona-bedingt gab es dabei einige Verzögerungen. Nunmehr ist klar, dass es eine steuerfreie Einmalzahlung geben wird. Die Bundesregierung plant, diese Zahlung in Höhen zwischen 200 bis 600 Euro auch für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zur Anwendung zu bringen. Ein entsprechendes Gesetz ist in Vorbereitung.

Im Zuge dieses Gesetzes ist – auch in Teilen der Mitgliedschaft des DBwV – ein Missverständnis entstanden. Die Einmalzahlung ist als „Corona-Sonderzahlung“ umschrieben. Diese Bezeichnung ist irreführend. Denn: Sie stellt keine Prämie für besondere Leistungen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie dar. Vielmehr ist sie ein Ersatz für die sonst übliche, rückwirkende Anpassung der Besoldung, die in diesem Jahr nicht stattfinden wird.

December 2020

### **Legal Status of Military Personnel Act**

**A bill to amend the Legal Status of Military Personnel Act provides for an extension of the deadline to the first eight years of service, during which young soldiers can be discharged from the Bundeswehr in a simplified procedure. The intention is to better punish extremist tendencies in the Bundeswehr. However, the law means considerable legal uncertainty for all young soldiers and places everyone under a kind of general suspicion.**

Dem Deutschen Bundestag liegt mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung soldatenrechtlicher Vorschriften“ vom 25. September 2020 ein neuer Gesetzesentwurf der Bundesregierung vor. Der Gesetzesentwurf sieht neben der Aufnahme des kostenlosen Bahnfahrens von Soldatinnen und Soldaten auch mehrere Änderungen im Soldatengesetz vor. So soll mit § 55 Abs. 5 Soldatengesetz (SG) die fristlose Entlassung von Soldaten auf Zeit ermöglicht werden, wenn im Vorfeld durch den Soldaten oder die Soldatin Dienstpflichten schuldhaft verletzt worden wären und dies die militärische Ordnung ernsthaft gefährden hätte. Bei besonders schweren Fällen soll auch eine fristlose Entlassung noch bis zum Ende des achten Dienstjahres erfolgen. Die aktuelle parlamentarische Debatte steht im Kontext mit der gesamtgesellschaftlichen Debatte zu extremistischen Strömungen in deutschen Sicherheitsbehörden. Am 28. Oktober 2020 kam es im Plenum des Deutschen Bundestags neben Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf durch CDU und SPD-Politiker, auch zu Ablehnungen durch Politiker der AfD, sowie Forderungen zur Nachbesserung durch die FDP. Der ursprüngliche Plan des Inkrafttretens des Gesetzesentwurf zum 1. Januar 2020 konnte nicht beibehalten werden, da für Anfang Januar 2020 eine öffentliche Experten-Anhörung im Verteidigungsausschuss angedacht ist.

### **Budget 2021**

**The federal budget is to be passed this year. 46.8 billion euros are earmarked for the Bundeswehr, 1.4 billion euros more than in the previous year. The evaluation is mixed: this is not enough for the needs of the Bundeswehr. Politically, it must be acknowledged that the government has planned to increase the budget - despite the fiscal challenges to overcome the Corona-crisis.**

Der Bundeshaushalt wird noch in diesem Jahr beschlossen. Für die Bundeswehr sind 46,8 Mrd. Euro vorgesehen und damit insgesamt 1,2 Mrd. Euro mehr als im Jahr 2020. Gemessen an dem Bedarf der Bundeswehr, der bei deutlich über 50 Mrd. Euro liegt, ist dies problematisch.

December 2020

Betrachtet man die politische Situation – insbesondere die Herausforderungen der Corona-Pandemie – ist es anzuerkennen, dass der Haushalt steigt.

Zuletzt gab es im parlamentarischen Verfahren noch Anpassungen und Ergänzungen für entsprechende Rüstungsprojekte, so zum Beispiel neue Schiffe für die Marine oder auch für die Entwicklung bewaffneter Drohnen (siehe unten).

### **Compensation of homosexual soldiers**

The Bundestag is planning a compensation law for homosexual soldiers who were discriminated against within the Bundeswehr because of their sexual orientation.

Aufgrund einer wissenschaftlichen Ausarbeitung zu Nachteilen, die homosexuelle Soldaten in der Bundeswehr – zumeist bis zum Jahr 2000 – erfahren haben, hat sich der Bundestag dazu entschlossen, ein Entschädigungsgesetz für diesen Personenkreis zu schaffen. Man rechnet mit ca. 1000 Betroffenen, die zum Beispiel durch Entlassungen, Beförderungsverbote oder Versetzungen konkrete Nachteile in ihren Lebensverläufen hatten – ganz zu schweigen von dem individuellen Leidensdruck mancher Betroffener. Im Vordergrund kann kein Schadensersatz stehen. Vielmehr geht es um eine symbolische Anerkennung der Lebenssituation der Betroffenen durch eine Entschädigungszahlung in Höhe von maximal 6000 Euro.

### **Armed drones**

**The current legislative process for the acquisition of an armed drone is very far advanced. The approval of an additional 248 million euros in the 2021 defence budget is intended to take account of the current security policy challenges in foreign mission. The German Bundeswehr Association clearly advocates the acquisition of armed drones for the soldiers on foreign missions and appreciates the taken political decision.**

Mit der Öffentlichen Anhörung vom 5. Oktober 2020 vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestag ist ein weiterer Meilenstein der jahrelang anhaltenden öffentlichen Debatte zur Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr in Auslandseinsätzen erreicht. Neben dem jahrelangen diskursiven Austausch von rechtlichen, ethischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Argumenten erstand der Eindruck, dass die SPD-Bundestagsfraktion der Drohnenbeschaffung zustimmen würde.

December 2020

Wie am 8. Dezember bekannt wurde, spricht sich der SPD-Parteivorsitzende Dr. Walter-Borjans überraschend für die Vertagung auf unbestimmte Zeit eines Abstimmungstermins über die Drohnenbeschaffung aus. Diese aktuelle Entwicklung hat zur großen Irritation in der Regierungskoalition und darüber hinaus auch bei Fachpolitikern anderer Bundestagsfraktionen beigetragen. Nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Bundestags vom 27. November 2020 werden der Bundeswehr für den Verteidigungshaushalt 2021 zusätzlich 248 Millionen Euro für die Entwicklung des Waffensystems MALE UAS (Eurodrohne) zur Verfügung gestellt.

### **European Army?**

**The Social Democratic Party of Germany (SPD) has made a further contribution to the creation of a European Army with a recent position paper of October 2020 on the creation of a “28th European Army”. The German Armed Forces Association recognizes the SPD contribution as an important part of a still pending future debate on a Common Security and Defence Policy for the European Union.**

Mit der Veröffentlichung eines SPD verteidigungspolitischen Positionspapiers von Oktober 2020 ist ein weiterer Beitrag zum Fernziel einer zukünftigen Europäischen Armee erschienen. Der SPD-Vorschlag beinhaltet die Idee einer 28. Europäischen Armee, die zusätzlich zu bereits existierenden nationalen Armeen entstehen soll. Die dazu benötigten Soldatinnen und Soldaten sollen an die Europäische Union abgeordnet werden und für die Dauer ihrer Dienstzeit nur den Weisungen der Europäischen Union folgen sollen. Ein zukünftiger Verteidigungskommissar soll die politische Verantwortung übernehmen. Er soll durch einen zusätzlichen regulären Verteidigungsausschuss beim Europäischen Parlament kontrolliert werden. Zusätzlich soll für die Durchführung von militärischen Operationen die Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit (MPCCC) als militärische Kommandozentrale der Europäischen Union genutzt werden. Die 28. Armee stehe in keiner Konkurrenz zur NATO und verhalte ihr sich gegenüber komplementär. Die Finanzierung der 28. Armee soll durch die beteiligten Staaten entsprechend ihrer Bruttoinlandsprodukte und der jeweiligen Einwohnerzahl erfolgen, eine langfristige Finanzierung soll aus dem EU-Haushalt gedeckt werden.

Der Deutsche Bundeswehrverband spricht sich in seiner Hauptversammlung 2017 gegen die Übertragung von nationaler Souveränität auf die EU-Ebene zwecks der Schaffung einer Europäischen Armee aus, jedoch für die Schaffung eines regulären Verteidigungsausschusses beim Europäischen Parlament. Des Weiteren lehnt der DBwV die

Öffnung der Streitkräfte für EU-Bürger ab und wendet sich gegen eine aus stehenden Truppen bestehende Europäische Armee. Eine zentrale DBwV-Forderung umfasst die Schaffung eines Ombudsmanns auf europäischer Ebene, der dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags ähnele und mindestens die in Art. 45b GG verbrieften Rechten innehatte und vom Europäischen Parlament gewählt werden sollte.